

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Hat die Bundesrepublik noch eine Regierung?

Wer nur die Zeitungen der Bundesrepublik liest, der hat kaum eine schwache Ahnung von dem traurigen Ruf, den Bonn in der Welt draußen genießt. Wir sollten es aber wissen! Als ein Beispiel von vielen zitieren wir deshalb einen Aufsatz „Hat die Bundesrepublik noch eine Regierung?“ von Dr. *Hans Fleig* (*Zürcher Woche*, Nr. 10, 8. 3. 1963):

„Was sich in Bonn in diesen Wochen und Monaten abspielt, ist der letzte Akt eines Trauerspiels. Da ist kaum noch eine Spur zu finden von einem politischen Stil, wie er einer der bedeutendsten Industriemächte Europas und der Welt angemessen wäre. Während die Fabriken, Zechen, Handelshäuser und Banken dieses Staates nach wie vor auf Hochtouren laufen und Weltgeltung beanspruchen und sie auch genießen, versinkt das politische Bonn mit jeder Woche mehr in einem Morast, den man noch vor zwei Jahren als undenkbar empfunden hätte. Es zeigt sich aber erst jetzt, daß der Wurm schon längst das Gebälk dieses

Staates zerfressen hat. Nur deshalb konnte es nun zu diesem Zusammensacken jeder Haltung kommen. Wie tief der Fraß bereits gediehen ist, ergibt sich daraus, daß nirgends mehr ein Quantum Energie vorhanden ist, das nötig wäre, um dem Zerfall Einhalt zu gebieten: Keine einzige der drei größeren Parteien der Bundesrepublik ist mehr fähig, zur Beseitigung der in Bonn herrschenden Trümmer-Regierung aufzurufen und das Nötige zu tun. Das Nötige aber wäre heute: die Durchführung des im Grundgesetz vorgesehenen konstruktiven Mißtrauensvotums gegen den Kanzler, der nicht mehr imstande ist, zu regieren, sondern nur noch in der Art eines heruntergekommenen Duodez-Fürsten am Rhein zu intrigieren. Bonn ist wieder zu Bonn geworden. Das will heißen: zu einem muffigen Ort, wo sich Serenissimi und Durchlauchten obskurer Provenienz gegenseitig das Bein stellen, wo sich die Politik auf Protokollfragen reduziert, wo junge und alte Greise Hof spielen und Ordensbänder wichtiger sind als Köpfe. Der jüngste sogenannte ‚Konflikt‘ zwischen Kanzler *Adenauer* und Vizekanzler *Erhard* erinnert an Kindergarten-Zänkereien. Es handelt sich aber um Greisengarten-Zänkereien. Das läßt keine Hoffnung mehr zu. Das tönernen Symbol an der Spitze, altersgrau und nicht mehr zum Begreifen weltpolitischer Vorgänge in der Lage, glaubt noch Politik zu machen, indem es seinen Stellvertreter nicht mehr grüßt, sich aber vierundzwanzig Stunden später ‚herzlich mit Erhard versöhnt‘. Und die bemitleidenswerte Gestalt dieses Vizekanzlers, der es nie über sich bringen konnte, aus jahrelangen Brüskierungen und Beleidigungen die Konsequenz zu ziehen und zu gehen, macht die jämmerlichen Spielchen brav mit und bringt sich um den Rest irgendeines Kredits, den er sich noch bewahrt haben mochte.

Dies ist nicht die Interpretation eines Böswilligen oder Schadenfreudigen. Wie sehr sie der Wahrheit entspricht, geht daraus hervor, daß selbst ein jahrelanger treuer Bannerträger des Adenauer-Regimes, wie der Bonner Korrespondent der *NZZ*, heute soweit ist, von einer ‚Bonner Burleske‘, vom ‚Bonner Grand Guignol-Theater‘, von ‚Rührszenen nach der Art von Romeo und Julia‘ und von ‚Farcen‘ zu reden. Es findet sich in dem genannten Blatt der Satz, wonach die Ära Adenauer in ihrer Schlußphase zu einem ‚staatspolitischen Alptraum‘ werde.

Er ist es längst. Der klägliche Zerfall der politischen Substanz dieses Regimes, der nun nicht mehr verschwiegen werden kann, hat die Wahrheit ans Licht gebracht.“

Wieder eine große Chance vertan!

Das große wissenschaftliche Symposium in Genf, über das unser Mitarbeiter *Bruno Küster*

im vorliegenden Heft schreibt, ist von der Regierung der Bundesrepublik in geradezu sträflicher Weise mißachtet worden. Dazu sagt z. B. die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Nr. 48, 26. 2. 63):

„Man hätte meinen können, daß ein Land wie die Bundesrepublik, das seit 1956 annähernd 20 Milliarden DM für die Entwicklungshilfe aufgewendet haben soll und das früher einmal zu den führenden Ländern in der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung gehörte, eine Konferenz wie die jetzt in Genf zu ihrer Herzensangelegenheit gemacht hätte. In vorbildlicher Weise war hier die Möglichkeit gegeben, die Sorgen der Entwicklungsländer wirklich kennenzulernen, um ihnen wirkungsvoller als bisher zu helfen. Hier hätten die Experten der deutschen Industrie mit ihren Kollegen in anderen hochentwickelten Ländern ihre Erfahrungen bei der Entwicklungshilfe austauschen und zugleich neue Brücken zu den Interessenten in den Entwicklungsländern schlagen können. Doch die Beteiligung der Bundesrepublik an dieser Konferenz kann man nur als beschämend bezeichnen. Sie hat der Ungeschicklichkeit und Ideenlosigkeit, mit der von deutscher Seite die Hilfe für die unterentwickelten Gebiete der Erde gehandhabt wird, die Krone aufgesetzt. Sieht man von den paar Referenten der Bonner Ministerien ab, die allenfalls als Beobachter, aber nicht als Gesprächspartner in diesem Kreis der Wissenschaftler, Ingenieure und Planungsexperten angesprochen werden konnten, so waren lediglich die Sparten Verkehrswesen und Geologie repräsentativ vertreten. Bei allen anderen Sachgebieten, sei es dem Bau von Kraftwerken, dem Gesundheitswesen, der Nachrichtentechnik, der Ausbildung, der Schädlingsbekämpfung oder der Pflanzenzucht - also Gebieten, zu denen wir eigentlich doch etwas zu sagen haben sollten —, herrschte ein ausgesprochenes Vakuum, sowohl in der Delegation als auch in den zur Konferenz beigesteuerten wissenschaftlichen Veröffentlichungen, von denen ohnehin nur 24 — gerade 1,3 Prozent - aus deutscher Feder stammten. Alle anderen

Delegationen wurden von einem angesehenen Wissenschaftler ihres Landes oder dem zuständigen Minister angeführt. Lediglich Länder wie Ruanda, Panama, Niger, Mauretanien — und eben die Bundesrepublik Deutschland — stellten an die Spitze ihrer Delegierten in Genf einen diplomatischen Vertreter und nicht einen Fachmann. Nicht einmal die zum Teil preisgekrönten deutschen Industriefilme zum Thema der Entwicklungshilfe konnte man in Genf sehen, obgleich dort 22 andere Länder 239 Filme dieser Art vorführten. Natürlich fehlte die Bundesrepublik auch in der internationalen Buchausstellung. Eine große Chance wurde achtlos vertan, und wieder einmal ist demonstriert worden, daß der Rückfall der Bundesrepublik in allen Bereichen der Forschung und

Technik gar nicht einmal so sehr seine Ursache in den fehlenden finanziellen Mitteln, sondern einfach in einer grotesken Verkennung ihrer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes hat.“

Der Rundfunk muß unabhängig bleiben

Im *Informationsdienst Gewerkschaftspresse* (Nr. 17, 6. 3. 1963) veröffentlicht *Werner Hansen*, Mitglied des Bundesvorstandes des DGB, unter dem Titel „Der Rundfunk muß unabhängig bleiben“ einen Aufsatz, aus dem wir (auch als Ergänzung zu dem Aufsatz von *Peter Blachstein*, MdB, im vorliegenden Heft unserer Zeitschrift) die folgenden Absätze zitieren:

„Ein Beispiel für die Freiheit, der sich die Mitarbeiter unserer Rundfunkanstalten erfreuen können und müssen, ist die Sendung *Panorama*. Gehört es zu den Aufgaben der „Tagesschau“, alles Geschehen in Nachrichtenform möglichst objektiv und frei von jeder Kommentierung wiederzugeben, so ist es das ausgesprochene Verdienst von *Panorama*, auch der Analyse, der Interpretation, dem zuweilen höchst subjektiven Kommentar im Fernsehprogramm zu seinem Recht verholfen zu haben. Wenn — laut Gesetz — unsere Rundfunkanstalten die Pflicht haben, für soziale Gerechtigkeit, internationale Verständigung und die Wahrung der demokratischen Freiheiten einzutreten, wie anders könnten sie diese Aufgabe besser wahrnehmen als durch das zugegebene subjektive Engagement ihrer Redakteure? Deshalb muß die Unabhängigkeit dieser Redakteure verteidigt werden! Mit ihr steht oder fällt die Unabhängigkeit des deutschen Rundfunks.

Es gibt allerdings noch eine andere Gefahr für diese Unabhängigkeit. Sie zeigte sich, als Ende Februar der Hamburger Verleger *Axel Springer* seine Thesen zur Situation des deutschen Rundfunks verkündete, die darin gipfelten, es sei nun an der Zeit, den Verlegern die Möglichkeit zu geben, mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in freiem Wettbewerb, durch die Schaffung eines dritten (kommerziellen) Fernsehprogramms, zu konkurrieren. Zweifellos wäre Springer genau der Mann, den sich mächtige Geldgeber aus Industrie und Hochfinanz suchen würden, um mit ihm im zweiten Anlauf jene Pläne zu verwirklichen, die zunächst einmal aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Herbst 1961 gescheitert sind. Es ist nicht anzunehmen, daß die Mehrzahl der Zeitungsverleger so besonders erfreut davon sein würde, sollte Axel Springer seinem ohnehin bereits übermächtigen Verlagskonzern noch einen weiteren Machtfaktor in Gestalt des Fernsehens hinzufügen. Und es mutet seltsam an, daß ausgerechnet jener Verleger, der allen Hamburger Tageszeitungen (bis auf zwei

ihre Unabhängigkeit nahm oder das Lebenslicht ausblies, plötzlich für die kleinen und mittleren Zeitungsverleger auf die Barrikaden steigen möchte.

Wer kontrolliert die politische Linie des Springer-Konzerns? Wir wissen es nicht. Auf jeden Fall gibt es genügend Gründe, einem Springer-Fernsehen von vornherein zu mißtrauen. Wer die Rundfunkanstalten kontrolliert, das wissen wir. Und wir glauben, daß die öffentliche Kontrolle dieser Anstalten, so wie sie jetzt ist und wo sie verantwortungsbewußt gehandhabt wird, genau das richtige Maß von Freiheit gewährt, um die Unabhängigkeit zu wahren und einen Mißbrauch der Macht dieser Massenmedien zu verhüten.“

Rosenberg kauft den Unternehmern den Schneid ab

Der wahrlich nicht besonders gewerkschaftsfreundliche Fachmann der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* für Gewerkschaftsfragen, *E. G. Vetter*, veröffentlicht in Nr. 66 seines Blattes (19. 3. 1963) eine Betrachtung „Die Initiative Rosenbergs“, die wir hier im Wortlaut wiedergeben:

„Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, fordert fortgesetzt Gespräche zwischen Gewerkschaftern und Arbeitgebern. Es gelte zunächst, so hat er jetzt wieder in München gesagt, „alle die Dinge auszuräumen, die bisher einer vernünftigen und erfolgreichen Unterhaltung entgegengestanden haben“. Rosenberg wünscht aus diesem Grund zuerst Diskussionen im kleinen Kreis. Kaum eine andere gewerkschaftliche Forderung verdient so energische Unterstützung wie diese. Für eine vernünftige Lohnpolitik ist es unerlässlich, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften über gewisse Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung, die wiederum das Fundament von Lohnverhandlungen sind, unterhalten. Noch wichtiger als Spitzengespräche sind die Zusammenkünfte in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, in denen später auch die Lohnverhandlungen geführt werden. Es ist eben etwas anderes, ob sich die Tarifparteien einmal jährlich gegenüber sitzen, um über Prozente zu feilschen, oder ob sie im Laufe von zwölf Monaten fortgesetzt ihre Meinungen über Entwicklungen und Gefahren in der Branche austauschen. Der Charakter von Lohnverhandlungen könnte dadurch, unbeschadet aller verbleibenden Meinungsverschiedenheiten, grundsätzlich geändert werden.

Einige Versuche sind bereits gemacht worden. Über Erfolg oder Mißerfolg sollte man nicht nach wenigen Wochen oder Monaten urteilen. Hier stehen die Tarifparteien vor einem langwierigen Prozeß, der Geduld erfordert. Wichtig ist nur, daß überhaupt begonnen wird. Leider deuten Erfahrungen darauf hin, daß manche Unternehmer nur zögernd die Vorschläge Rosenbergs aufgreifen. So ist zu hören,

daß sozialpolitisch interessierte Arbeitgeber, die eine Verhandlungskommission zusammenstellen möchten, in ihrem Kreis keinerlei Echo finden. Vorurteile, mangelndes Interesse, Ohnmacht-Mentalität, zum Teil auch Resignation, das sind einige Gründe für die Passivität. Angesichts dieser Zurückhaltung ist Rosenberg dabei, zumindest einen Teil der Unternehmerschaft, die eigentlich schon angesichts ihres Berufes zur Initiative verpflichtet wäre, den Schneid abzukaufen. Für die Glaubwürdigkeit der lohnpolitischen Konzeption der Unternehmer ist es keineswegs förderlich, wenn auch nur in einigen Bereichen der Wirtschaft der Eindruck entstände, gewerkschaftliche Angebote zur Versachlichung der Lohnpolitik werden ignoriert.“

W.F.